

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

22.3.1884 (No. 70)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 22. März.

N^o 70.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gefaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 18. März d. J. gnädigt bewogen gefunden, den nachbenannten königlich preussischen Staatsdienern und Offizieren bezw. Personen vom Hofstaat Ihrer Majestäten des Deutschen Kaisers und der Kaiserin, Königs und Königin von Preußen, sowie Ihrer Kaiserlichen und königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen die folgenden Ordensauszeichnungen zu verleihen, und zwar:

1. den Hausorden der Ehren:
dem Kammerherrn, Wirklichen Geheimrath und Minister des königlichen Hauses, Staatsminister Alexander Graf von Schleinitz;

2. den Orden Berthold I. von Jähningen:
dem Hofmarschall, Generalleutnant à la suite der Armee, Friedrich Graf von Perponcher-Sedlnitzky,
dem Kammerherrn und Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Maximilian Graf von Kesselrode-Freschoven,
dem Generalleutnant und Generaladjutanten von Albedyll, Chef des Militärkabinetts Seiner Majestät des Kaisers und Königs;

3. das Großkreuz des Jähringer Löwen-Ordens:
dem Kammerherrn und Oberzeremonienmeister Seiner Majestät des Kaisers und Königs, August Graf zu Sulemburg;

4. das Kommandeurkreuz 1. Klasse desselben Ordens:
dem Kammerherrn und Hofmarschall Seiner Kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen, Major z. D. von Normann;

5. das Kommandeurkreuz 2. Klasse mit Eichenlaub desselben Ordens:
dem Kammerherrn Grafen von Seckendorff, Vorstand der Privatkanzlei Ihrer Kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin;

6. das Kommandeurkreuz 2. Klasse desselben Ordens:
den Flügeladjutanten Seiner Majestät des Kaisers und Königs Oberstleutnant von Bomsdorff,
Oberstleutnant von Broesigke,
Oberstleutnant von Plessen,
Major Heinrich XVIII. Prinz Reuß und
dem Oberstleutnant von Sommerfeld à la suite des Generalstabes, Adjutant Seiner Kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen;

7. das Ritterkreuz 1. Klasse mit Eichenlaub desselben Ordens:
dem Rittmeister Freiherrn von Neufirchen gen. von Nyvenheim, Adjutant Seiner Kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen;

8. das Ritterkreuz 1. Klasse desselben Ordens:
dem Hauptmann von Kessel, Adjutant Seiner Kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen.

Ferner haben sich Seine Königliche Hoheit der Großherzog unter dem gleichen Tage gnädigt bewogen gefunden, den nachbenannten königlich preussischen Offizieren höchsten Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen und zwar:

1. das Großkreuz:
dem Generalleutnant Freiherrn Meerscheidt von Hülsehem, Kommandeur der 28. Division,
dem Generalleutnant von Berken, Kommandeur der 29. Division,
dem Generalleutnant von Ditsfurth, Kommandeur der 5. Division;

2. das Kommandeurkreuz 1. Klasse:
dem Generalmajor von Meyerind, Kommandeur der 29. Kavallerie-Brigade,
dem Generalmajor von Reibnitz, Kommandeur der 58. Infanterie-Brigade,
dem Generalmajor von Melchior, Kommandeur der 56. Infanterie-Brigade;

3. das Kommandeurkreuz 2. Klasse:
dem Oberst von Leipziger, Kommandeur des 1. Badi-schen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109,
dem Oberst von Baczo, Kommandeur des 5. Badi-schen Infanterie-Regiments Nr. 113,
dem Oberst von Heister, Kommandeur des 2. Badi-schen Dragoner-Regiments Nr. 21,
dem Oberst von der Lütke, Kommandeur des 3. Badi-schen Dragoner-Regiments Prinz Karl Nr. 22,
dem Oberstleutnant von Henningses, Inspekteur der militärischen Strafanstalten;

4. das Ritterkreuz 1. Klasse mit Eichenlaub:
dem Major Stöcker vom Generalstab des 15. Armee-corps,
dem Major Eisenhart vom 2. Westfälischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 22;

5. das Ritterkreuz 1. Klasse:
dem Hauptmann von Arnim vom 3. Garde-Regiment zu Fuß, Adjutant der 30. Division;

6. das Ritterkreuz 2. Klasse:
dem Premierlieutenant Dyckhoff à la suite des 4. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 17, Adjutant der 15. Infanterie-Brigade.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 13. ds. Mts. ist Folgendes bestimmt worden:
Der Secondelieutenant Stöckel vom 1. Badi-schen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 wird vom 1. Mai cr. ab als Erzieher zum Kadettenhause in Kufm und der Secondelieutenant Hasenstab vom 4. Badi-schen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 vom 1. Mai cr. ab als Erzieher zum Kadettenhause in Bensberg kommandirt.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 21. März.

In Italien ist es in Folge der Abstimmung bei der Wahl eines Kammerpräsidenten wirklich zu einer Kabinetts-krisis gekommen, deren weiterer Verlauf noch sehr ungewiß ist. Die laufenden Angelegenheiten werden vor der Hand von dem bisherigen Kabinet Depretis weiter befohrt. Der König hat mit hervorragenden Politikern der Rechten sowohl wie der Linken konferirt; die Meinungen der Journale über den Ausgang sind getheilt. Der „Ag. Stefani“ zufolge hat Mancini sich nicht geneigt gezeigt, die Bildung eines Kabinetts zu übernehmen.

Die Engländer sind im Augenblick ziemlich rathlos bezüglich dessen, was nun in Folge ihres Sieges über Osman Digma weiter zu thun sei. Es scheint allerdings, daß Legatione augenblicklich nicht mehr im Stande ist, ernstlichen Widerstand zu leisten und sich mit einer verhältnißmäßig geringen Anzahl von Anhängern ins Innere zurückgezogen hat. Dagegen scheint die Umgegend von Khartum sich in vollem Aufstand zu befinden und General Gordon der Lage gegenüber völlig ohnmächtig zu sein. Ein französisches Blatt wollte wissen, die britische Regierung sei im Besitz einer Nachricht von Gordon's Gefangennahme und Entthronung; dies wird aber von letzterer heute in Abrede gestellt.

Bezüglich der Operationen der Franzosen in Tonkin erklärt sich das Journal „Paris“ in der Lage, zu versichern, nach der Besetzung Honghoas würden dieselben definitiv als beendet angesehen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. März.

Im Anschluß an das gestern mitgetheilte Telegramm, welches die Rede des Ministers v. Buttler am Samstag, ist nach diesem Redner der Abg. Dr. Windthorst zu erwähnen, welcher im Namen des Zentrums Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern beantragte. Er wolle sich — äußert der Redner — heute noch nicht äußern, welche Stellung das Zentrum materiel einnehmen werde, um so weniger, je mehr man sich bemühe, dahinter zu kommen. Jedenfalls würde die Regierung noch viel mehr und besseres Material beibringen müssen, als es der Minister Buttler gethan. Wollte man das Bebel'sche Buch als Grundlage für Verlängerung des Sozialistengesetzes genügen lassen, wo bleiben dann die Bücher der Professoren, die Gott, die Unsterblichkeit und die Erlösung leugnen? Wollte man allgemeine Maßregeln gegen die staats- und religionsgefährlichen Unternehmungen haben, so werde er sie bewilligen, aber die letzteren würden vor Allem die preussische Regierung treffen, welche die religiösen Verhältnisse mit Gewalt socialdemokratische eine Partei sei, die auf Reformen eingehe und nicht unbedingt auf die Revolution losläufe. Keinesfalls dürfe ein Ausnahmengesetz ein dauernder Zustand werden. Der allmähliche Uebergang vom jetzigen Zustande zum gemeinen Rechte dürfte allen Parteien acceptabel scheinen; er erinnere an die Versuche von Reichensperger und Hänel. Vor Allem solle der Staat nicht selbst socialdemokratische Recepte ausführen. Wenn wir nicht voll und ganz die alte christliche Weltanschauung acceptiren, ist der Kampf gegen die Socialdemokratie überhaupt aussichtslos. Dem Volke muß die Religion wiedergegeben werden. Hoffentlich wird die Rückkehr des Reichstags nach Berlin und seine gekrümmte Gesundheit Anlaß geben, daß das zunächst in Preußen geschieht.

Darauf ergreift der Reichstagsler Fürst Bismarck das Wort: Es liegt in meiner Absicht, nach dem ershöpften Vortrage, den mein Kollege zur Rechten (Minister v. Buttler) gehalten hat, überhaupt das Wort zu nehmen nur in Betreff einiger Nebenpunkte, bei denen meine Benignität und meine Aufse-rungen berührt worden sind, namentlich bin ich veranlaßt durch die Bemerkung des verehrten Herrn Vorredners, daß seiner Meinung nach die preussische Gesetzgebung der Socialdemokratie Vor-schub geleistet hätte. Ich möchte ihn fragen, ob er mit der kirch-

lichen Gesetzgebung Oesterreichs zufrieden ist, ob ihn dort die Verbrechen der neuesten Zeit nicht berühren; ich habe mir immer gedacht, und das ist als Maßstab für mich nützlich zu wissen, ob es richtig ist, daß, wenn die katholische Kirche in Deutschland ebenso wie in Oesterreich gestellt ist, so würden Sie ganz zufrieden sein (Nein! im Zentrum), also auch dann noch nicht! (Heiterkeit.) Ich möchte den Uebersehungen entgegenzutreten, die ich bei manchen Katholiken gefunden habe, als ob ihr Glaube ein räckeres Mittel gegen die socialdemokratischen Verirrungen wäre, als andere christliche Konfessionen. Gehen Sie die Geschichte der Völker durch, so zeigt sich die eigenthümliche Erscheinung, daß gerade die katholische Kirche nicht zum inneren Frieden beigetragen hat; nehmen Sie sowohl die romanischen Völker: die italienischen Zustände werden auch den kirchlichen Bedürfnissen, wie sie erstrebt werden, nicht vollständig entsprechen, ebensowenig die katholischen südamerikanischen Republiken, die nicht die Entwicklung zeigen, wie die evangelischen nordamerikanischen Freistaaten; die besonders ausschließlich evangelischen Staaten wie Holland, Dänemark, Schweden, lassen in Bezug auf ihren socialen Frieden kaum etwas zu wünschen übrig. Ich will damit keine Polemik darüber beginnen, welche Form des Bekenntnisses die richtigen und wirksameren Mittel auf diesem Felde bietet. Ich will nur in Abwehr auf diese Seite der Sache hinweisen, in Abwehr auf Formirung, die mich treffen könnten, als ob ich die Anwendung von Mitteln zur Sicherung des socialen Friedens, die an anderen Stellen erprobt seien, bei uns hinderte. Ich habe auf diesem Gebiete allerdings keine so abgeschlossene Meinung, daß ich nicht einer Diskussion darüber zugänglich wäre, aber Sie sehen, daß in katholischen Ländern, wie zum Beispiel in Spanien, die sogenannte schwarze Hand großen Einfluß hat. Ich glaube nicht, daß wir auf diesem Gebiete allein die Mittel zu suchen haben, um den Uebeln, mit denen wir kämpfen, wirksam entgegenzutreten zu können. Ich glaube überhaupt nicht, daß es Mittel gibt, die unfehlbar und rasch wirken.

Wenn mehrfach von dem ersten Herrn Vorredner und auch von dem Hrn. Abg. Windthorst Gewicht darauf gelegt worden ist, daß wir nur eine zweijährige Verlängerung des Gesetzes beantragen und der Schluß daraus gezogen worden ist, daß wir hoffen, in 2 Jahren merklich vorwärts zu kommen in der Unterdrückung der socialdemokratischen Bestrebungen, so lenke ich die Aufmerksamkeit darauf, daß diese Fristbestimmung gar nichts mit der Erwägung zu thun hat, daß überhaupt in absehbarer Zeit die Socialdemokratie wird unterdrückt werden können; sondern lediglich um das Mißtrauen des Reichstages zu vermeiden, als könne die Regierung ihre Befugnisse mißbrauchen, oder nicht von der Schärfe des Einschreitens gegen die Socialdemokratie irgend ein änderer Tropfen auf die Fortschrittspartei oder sonst wo abfallen könnte, deshalb haben wir diese Frist beantragt. Wenn ich derselben zugestimmt habe, so ist es geschehen, um manchem die Zustimmung zu erleichtern, so daß er sich nach 2 Jahren überzeugen kann, ob die Regierung ihre Vollmachten richtig gehandhabt hat. Ich berufe mich darauf, daß ich schon im Oktober 1879 geäußert habe: Niemand könnte glauben, daß wir uns mit der Hoffnung schmickeln, daß in so kurzer Frist die Bestrebungen unterdrückt werden können, daß wir aber hoffen, daß die positiven Bestrebungen auf dem Wege der Reform den Agitationen einen Theil ihres Bodens zu entziehen. Ihnen den ganzen Boden entziehen zu können haben wir nicht gehofft.

Die positiven Bestrebungen haben eigentlich erst im Jahre 1881 oder 1880 begonnen. Mit der damaligen Kaiserlichen Botschaft, in welcher Seine Majestät sagt: Die Heilung der socialen Schäden hat nicht ausschließlich auf dem Wege der Repression zu erfolgen. Die socialpolitische Gesetzgebung muß eingreifen. Auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität arbeitsunfähig werden, haben einen Anspruch auf staatliche Fürsorge. Sie sehen, daß dort von den Mitteln, von denen wir uns Besserung der Zustände versprechen, als von etwas Zukünftigem gesprochen wird. Herr Bebel hält sich auf dem socialen Gebiete für einen Meister, mich für den Lehrling; nun, ich glaube, der Meister wird nicht viel Freude an dem Lehrling erleben. Wenn ich ein Uebel bekämpfe, so muß ich den Trägern desselben näher treten. Ebenso bin ich den Bestrebungen der Fortschrittspartei und denjenigen unserer ausländischen Gegner entgegengetreten, gleichsam wie man einer Krankheit entgegentritt. Herr Bebel hat kein Recht, meine politische Vergangenheit anzugreifen. Ich habe in jeder Periode meines Lebens das gethan, was ich als das Nützlichste für mein Vaterland und für den Monarchen hielt, dem ich diene. Allerdings war das nicht zu allen Zeiten dasselbe. Bis zum Jahre 1876 oder 1877 konnte ich mich um innere Angelegenheiten gar nicht kümmern und mußte sie in den Händen derer lassen, denen sie anvertraut waren. In den meisten Staatswesen, namentlich in denen von Mitteleuropa, die den äußeren Koalitionen am meisten ausgesetzt sind, reichen die Kräfte der auswärtigen Angelegenheiten allein hin, einen Mann mit allen seinen Kräften in Anspruch zu nehmen. Erst seit 7 Jahren habe ich mich in die wirtschaftlichen Fragen im Innern hineinbegeben können und habe mich dann ununterbrochen mit der Besserung unserer wirtschaftlichen Zustände beschäftigt. Das Gesetz ist zu Stande gekommen, weil die öffentliche Ruhe durch die agitatorische Bewegung bedroht war und auf Grund der Verbrechen gegen das Allerhöchste Haupt. Wenn die Herren, die jetzt die Vorlage ablehnen wollen, die volle Sicherheit haben, daß sich die Vorgänge nicht wiederholen, so mögen sie geeignete Schritte thun, aber sie übernehmen dann auch eine große Verantwortung, die durch den Erfolg leicht getäuscht werden könnte. (Hört, Hört! rechts. Lachen links.) Nehmen Sie an, daß wir in Kriegsgefahr kommen, innere Unruhen eintreten oder Arbeits- und Brodlosigkeit, daß wir in eine wirtschaftliche Anämie gerathen, wie wir sie vor einigen Jahren durch unsere falsche Handelspolitik bekommen hatten, sind Sie denn ganz gewiß, ob die Regierung, die dann am Ruder sein wird, die Häkel mit fester Hand wieder ergreifen können, die Sie jetzt zwischen die Pferde fallen lassen wollen? Die Verantwortung werden Sie zu tragen haben. Herrn Windthorst genügt die bloße Androhung nicht, er muß

Blut sehen. (Seiterkeit) Er will abwarten, bis er von den Socialdemokraten mit Dynamit und Petroleum angegriffen wird, dann wird er erst antreten. Ich möchte Sie dagegen bitten, schon jetzt einfach das Gesetz zu genehmigen. Wenn trotz des Gesetzes eine Schwächung nicht eingetreten ist, so liegt das nicht an dem Gesetze, sondern an der Agitation anderer Parteien. (Beifall und Hört, hört! rechts. Lachen links.) Wenn die Fortschrittspartei immer wieder Mißtrauen gegen die Regierung und sogar gegen die Kaiserliche Hofkammer sät, so ist es nicht möglich, Vertrauen für die beabsichtigten Reformen zu erwecken. Wenn der Arbeiter in den Zeitungen liest, was die Regierung für alle Menschen um sich beruft, die schmutzige Nebengewerbe treiben, verfassungswidrige Leute, Bösewichter sind, die sich der Unterschrift des Kaisers für ihre Vorlagen auf unrechtem Wege bemächtigt haben, wenn er hört, wie die Herden der Wissenschaft, die es allerdings nicht gleichzeitig in der Politik sind, mit Nichtachtung von der Regierung sprechen, mein Gott, was soll sich denn da der Arbeiter denken, da kann er kein Vertrauen fassen. Wenn er von Herrn Richter hört, daß ich „Schnapspolitik“ treibe, so wird dadurch das Vertrauen untergraben. (Beifall rechts.) Die Arbeiter müssen ja Haß und Berachtung hegen, wenn sie so etwas hören. Was würden die Herren, die gleichsam ein Gewerbe aus der Bedienung der Presse machen, sagen, wenn ich sie, die sie zu möglichster Erleichterung aller die Presse betreffenden Bestimmungen beigetragen haben, beschuldige, Sie hätten „Preßbengelpolitik“ getrieben? (Seiterkeit rechts.) Wenn ein fortschrittlicher Berichterstatter, der seinerseits der Wahrheit in's Gesicht schlägt und von mir Dinge erzählt, die er besser weiß, nachher, wenn man ihn auf Injurien verklagt, sich auf die Aeußerung zurückzieht, er habe es nicht so gemeint, so ist das eben so schlimm, wie die Socialdemokraten vorgehen. (Bravo! rechts.) Die Fortschrittspartei nährt und schürt die Unzufriedenheit gegen die Regierung. (Beifall rechts, Lachen links.)

Der Plan, den wir unter Bewilligung Sr. Majestät des Kaisers und der verbündeten Regierungen verfolgen, wird nicht in kurzer Zeit auszuführen sein, sondern wird zu seiner Ausführung eine Reihe von Jahren bedürfen. Wir hatten uns bemüht, die Lage der Arbeiter in drei Richtungen zu verbessern, einmal, indem wir zu einer Zeit, wo die Arbeitsgelegenheit unglücklich und die Löhne niedrig geworden waren, Maßregeln getroffen haben zum Schutze der vaterländischen Arbeitsprodukte, mit anderen Worten, indem wir Schutzzölle eingeführt haben. Die Folgen waren in der That eine Besserung der Löhne und eine Verminderung der Freizeit der Arbeiter, dadurch, daß sie in der Zwischenzeit durch die Hebung der Industrie ausreichende Arbeit fanden, und wir bemühen uns, diese Verhältnisse nach Möglichkeit zu verbessern. Wir können in der That bei dieser Erscheinung eine erhebliche Zurückwirkung auf die socialistischen Bestrebungen erblicken. Wer noch eine Erinnerung von den Zuständen in den Jahren 1877 und 78 hat, wird nicht umhin können, anzuerkennen, daß die Hoffnungen der Arbeiter, die sie an einen Umsturz knüpften, einigermaßen gemindert sind. Ein zweiter Plan, der im Sinne der Reform liegt, ist die Verbesserung des Steuerverhältnisses, indem eine gleichmäßige Verteilung desselben gesucht wird und namentlich die Steuerexemptionen wegen kleiner Beträge wesentlich vermindert sind und einer weiteren Verminderung entgegenzusehen. Die Steuerexemptionen haben sehr viele kleine Existenzen im Arbeiterstande vernichtet und umgeworfen, und es sind sehr viele Leute wegen weniger Groschen, die sie nicht aufzubringen vermochten, in's Elend gebracht worden. Sie sagen nun, wir hätten mit der einen Hand gegeben und mit der andern genommen, wir hätten mit der indirekten Besteuerung den Arbeitern mehr aufgebürdet, als gegeben. Das ist eine Unwahrheit, die der Arbeiter sehr leicht glaubt. Wenn Sie den Arbeitern vorrechnen, wie sie jetzt mehr für Brod und Petroleum zu zahlen hätten, so verschweigen Sie immer, daß Brod und Petroleum theurer geworden sind. Das ist also der klarste Beweis, daß Ihre Rechnung unrichtig ist, wenn Sie sagen, daß der Arbeiter etwa 60 Mark für die Lebensmittel zu zahlen hätte. Aber selbst, wenn nun eine Vertheuerung der Lebensmittel stattfände, so ist es doch ganz sicher, daß der Arbeiter sich nicht darüber beklagt, denn die Abwälzung auf den Arbeitgeber ist eine ganz zweifellose. Das eberne Lohngesetz, das der Arbeiter nicht mehr verbieten kann, als er zu der Befreiung seiner notwendigen Bedürfnisse braucht, hat eine gewisse Wahrheit, aber das, was der Arbeiter braucht, ist der Zeit nach verschieden. Wer 50 Jahre zurückdenken kann, der wird wissen, daß die Nahrung, Wohnung und Kleidung heute eine bessere geworden ist, als damals. Ebenso sind auch die ökonomischen Verhältnisse maßgebend. Ich beschäftige Arbeiter in Holstein und Pommern. In Holstein ist der Tagelohn um 50 Prozent höher als in Pommern, weil der holsteinische Arbeiter ein höheres Maß von Wohlstand genöthigt ist, und das ist der klarste Beweis, daß der Arbeiter das, was er notwendig hat, auch auf den Arbeitgeber abwälzt. Wenn Sie daran denken, was Sie für ein Paar Stiefel vor 50 und 30 Jahren bezahlt haben und was Sie heute bezahlen, dann wissen Sie doch, daß Sie heute bedeutend mehr zu zahlen haben. Die Angaben über den Druck, dem der Arbeiter durch die staatliche Gesetzgebung unterliegt, sind sonach gar nicht zutreffend. Ich wünsche ja allerdings auch, daß sich die übermäßigen Lasten der Gemeinden verringern, und die Regierung will dieses Ziel auch durch die Tabaksteuer und durch Luxussteuern erreichen. Wenn Sie also eine Entlastung der Gemeinden wollen, so beschäftigen Sie dies durch Bewilligung dieser Steuern.

Der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters aber ist die Unsicherheit seiner Existenz. Verfällt er durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit in Armut, so ist er unfähig, sich aus eigener Kraft zu helfen, und die Gesellschaft erkennt außer der Armenpflege keine andere Verpflichtung gegen ihn an. Wie viel läßt aber diese Armenpflege zu wünschen übrig! Ließt man doch alle Tage in den öffentlichen Blättern, daß in Berlin Selbstmorde vorkommen, deren Motiv Elend und Obdachlosigkeit waren. Auf dem Lande kennt man dergleichen Erscheinungen nicht, in den großen Städten aber ist das Anheimfallen an die Armenpflege gleichbedeutend mit dem Elend. Gewiß fordern die sozialen Verhältnisse in mannigfacher Richtung zur Abhilfe auf und die Regierung ist sich der ihr hier obliegenden Aufgabe auch in vollstem Maße bewußt und thut ihr Bestes, aber so lange dem Arbeiter durch systematische Verdächtigungen das Vertrauen zur Regierung genommen wird, so lange wird er auch zum socialistischen Wunderrichter laufen. Ganz heilbar ist die Krankheit, mit der wir es hier zu thun haben, allerdings nicht, aber es ist auch schon mit der Unterdrückung der Symptome viel gewonnen. Nennen Sie (zu der linken Seite des Hauses gewendet), unsere Gesetzgebung meintentwegen eine preussische, in Wahrheit ist sie eine aus dem christlichen Pflichtgefühl geschöpfte. Ich stelle Ihnen die Erlebigung im Plenum oder die Ueberweisung des Gesetzes an eine Kommission anheim, bitte aber im letzteren Falle auch Sorge zu tragen, daß das Gesetz wieder aus der Kommission herauskommt. Mögen die Herren (links) auch mit ihren Verdächtigungen der Regierung inne halten und nicht ein Feuer entzünden, welches sie nicht löschen können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Deutschland.

* Berlin, 20. März. Der „Reichsanzeiger“ publiziert das vom Reichstage beantragte und kürzlich auch vom Bundesrathe genehmigte Gesetz, wonach Stimmzettel, welche im Wege der Bervielfältigung hergestellt sind und nur die Bezeichnung der zu wählenden Personen enthalten, nicht als Druckschriften im Sinne der Reichs- und der Landesgesetze zu betrachten sind. — Der Bundesrath hat heute im Reichstags-Gebäude eine Sitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung mehrere Vorlagen über elsass-lothringische Angelegenheiten standen. Zur Vertheilung im Bundesrath ist der Antrag Badens gelangt, die Insel Reichenau im Bodensee in das Zollvereins-Gebiet einzubeziehen. — In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung brachten Singer und Genossen einen Antrag auf Reform der Miethsteuer ein, sowie den Antrag, um die Gewährung derjenigen Anzahl Reichstags- und Landtags-Abgeordneten zu petitioniren, welche der jetzigen Einwohnerzahl Berlins entspricht.

Darmstadt, 20. März. Die Vermählung der Prinzessin Viktoria von Hessen mit dem Prinzen von Battenberg ist nunmehr definitiv auf den 17. f. M. festgesetzt.

München, 20. März. Die Kammer erledigte den Etat des Unterstützungsvereins der Hinterbliebenen bayerischer Staatsdiener, ferner den Etat der Pensionen und Unterstützungen nach den Ausschufsanträgen, wobei die den einzelnen Ministere gestrichenen Dispositionsfonds im Gesamtbetrage von 47,173 M. zugesetzt wurden. — Die Reichsraths-Kammer erledigte heute den Kultusetat und stellte hierbei einige die hiesige und die Würzburger Universität betreffende gestrichene Postulate wieder her und lehnte mit Mehrheit die Kammerbeschlüsse betreffs Ertheilung des konfessionellen Geschichtsunterrichts an den Gynnasien und die Gestattung einer getrennten Vorbereitung für die Präparandenschüler ab.

Italien.

Rom, 20. März. In der Kammer theilt Depretis mit, daß angesichts der parlamentarischen Lage das Ministerium dem Könige seine Demission überreicht habe, der König habe sich die Entscheidung vorbehalten. Das Ministerium werde inzwischen auf dem Platze bleiben und die gewöhnlichen Angelegenheiten erledigen. — Ag. Stefani meldet aus Kairo: Ein aus El Obeid zu Anfang März entlassener ägyptischer Offizier theilt mit, die Mitglieder der katholischen Mission lebten in voller Freiheit. Jedes Mitglied erhalte 7 1/2 Thaler monatlich. Ihre Kirche sei geöffnet, die Schulen jedoch seien geschlossen. — Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Zirkularschreiben der Propaganda Fide an die Bischöfe, den Chefs der katholischen Mission mittheilend, die Konvertirung des unbeweglichen Vermögens der Propaganda nöthige letztere, administrative Sätze zur Empfangnahme von Legaten und Schenkungen im Auslande zu errichten. Solche sollen sich befinden bei den Nuntien in Wien, München, Paris, Madrid, Lissabon und Haag, bei dem Agenten des päpstlichen Stuhles auf Malta, den Erzbischöfen von London, Dublin, Mecheln, Algier, Sidney, Newyork, San Francisco, Quebec und Toronto, bei dem päpstlichen Vikar in Konstantinopel, dem Internuntius in Rio Janeiro und dem apostolischen Delegirten in Buenos-Ayres.

Großbritannien.

London, 20. März. Eine Depesche Graham's an den Kriegsminister aus Suakin von heute sagt, drei Scheiks der Stämme Samara und Amrar hätten mit siebzehn Anhängern heute in Handful sich der Regierung unterworfen. Mahmut Ali Bey versichere, morgen würden noch weitere Unterwerfungen folgen. Der Krankenstand der britischen Truppen sei unter zwei Prozent.

Unterhaus. Hartington verliest ein Telegramm Graham's, in welchem derselbe erklärt, keinem verwundeten Araber bei Elteb und Tomanieh sei ein Leid geschehen, außer wenn sie britische Soldaten angriffen. Die Araber gaben und nahmen keinen Pardon. Die Soldaten waren gezwungen, sie zur Selbstvertheidigung zu tödten. Der Telegraph zwischen Kairo und Khartum ist unterbrochen. Es scheint die Umgegend Berbers mehr oder minder unruhig zu sein. Dairing konstatirte jüngst, obson der Telegraph unterbrochen, sei er im Stande gewesen, zwei oder drei Tage mit Gordon zu korrespondiren. Seitdem ist nichts jene Erklärung Mobilisirendes von Varing eingelaufen.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 20. März. Das Reichsgericht verurtheilte den Staatsrath Vogt nach denselben Gesetzbestimmungen, wie Selmer, wonach er das Ministeramt verwirkt hat.

Rußland.

St. Petersburg, 20. März. Auf die Petition der Jfrakiten des Kreises Poltawa um Eistirung der Verfügung der Gouvernementsregierung, wonach die Jfrakiten, welche kein unbewegliches Vermögen besitzen, aus den Dörfern auszuweisen seien, erging ein Senats-Urtheil, welches die Ausführung jener Verfügung beanstandet und eine objektive Untersuchung des Wittgesuches anordnet.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 21. März.

* Das Reichsamt des Innern hat nach vorherigem Benehmen mit den an der internationalen Verkehrs-Konvention vom 3. November 1881 (Reichs-Gesetzblatt 1882, S. 125) hauptsächlich beteiligten Staaten unterm 8. d. Mts. ausgesprochen, daß die nachbenannten Bodenerzeugnisse, nämlich Kartoffeln, Rüben, Möhren, Sellerienollen, Meerrettig, Rettige, Radieschen, Speisezwiebeln, Lauch, Knoblauch, Champignons und Trüffel, — den Vorschriften im § 4 der Kaiserlichen Verordnung vom 4. Juli v. J. (Reichs-Gesetzblatt S. 153) nicht unterworfen, vielmehr zum freien Verkehr zugelassen sind.

Der „Staatsanzeiger für das Großherzogthum Baden“ Nr. 10 enthält: Verfügungen des Ministeriums des Innern: die Festsetzung der Beiträge zur Feuerversicherungs-Anstalt für 1884 betreffend.

* Dem verewigten Grafen Flemming) widmet der Reichsanzeiger und Königl. preuß. Staatsanzeig. folgenden Nachruf: Am 17. d. M. verstarb zu Florenz im 71. Lebensjahre der seitherige Königl. preuß. Gesandte am Großherzoglich badischen Hofe, Mitglied des Herrenhauses, Wirkliche Geheime Rath Graf Albert Georg Friedrich v. Flemming, Graf Flemming, geboren am 14. Oktober 1813, studirte auf den Universitäten Halle und Berlin die Rechtswissenschaften und wurde nach bestandnem Auskultorexamen am 28. Oktober 1836 für den Staatsdienst vereidigt. Nachdem er die große juristische Prüfung im Frühjahr 1843 abgelegt, ward er im Herbst 1844 zur diplomatischen Laufbahn zugelassen und der Gesandtschaft in Paris auf ein Jahr attachirt. Im April 1846 auf Grund der bestandenen diplomatischen Prüfung zum Legationssekretär bei der damaligen Königlich badischen Gesandtschaft in Kassel ernannt, fungirte er als solcher bis zum April 1848, zu welchem Zeitpunkte ihm der Posten des Legationssekretärs in Brüssel übertragen wurde. Im August 1849 als Hilfsarbeiter in die politische Abtheilung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten einberufen, begleitete derselbe im Jahre 1850 den Grafen von Brandenburg zu den Warschauer Konferenzen und den Staatsminister von Alvensleben zu den Konferenzen in Dresden. Im Dezember 1850 zum Legationsrath ernannt, lehrte er im Oktober 1851 auf seinen Posten in Brüssel zurück und wurde 1852 interimistisch der Gesandtschaft in London überwiesen. Von dort wurde er im August 1853 als Legationssekretär zur Gesandtschaft in Wien versetzt, woselbst er längere Zeit als Geschäftsträger fungirte. Durch Allerhöchste Ordre vom 2. Februar 1859 wurde ihm der Posten des Gesandten am Großherzoglich Badischen Hofe verliehen, welchen er bis zu seiner im Dezember v. J. auf seinen Antrag erfolgten Verlegung in den Ruhestand bekleidet hat. Zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Exzellenz“ wurde er im September 1872 ernannt und zum Mitgliede des Herrenhauses auf Lebenszeit unterm 14. Oktober desselben Jahres berufen.

Graf Flemming hat sich während seiner nahezu 40jährigen diplomatischen Laufbahn als ein Beamter von unerwähllicher Pflichttreue und Hingebung bewährt und mannigfache Zeichen Allerhöchster Huld und Anerkennung erhalten. So befand er sich seit dem Oktober 1873 im Besitze des Sterns der Komture des Königlich badischen Ordens von Hohenzollern und seit dem März 1876 im Besitze des Rothen Adler-Ordens erster Klasse mit Eichenlaub; bei seiner Verlegung in den Ruhestand wurde ihm das Großkreuz dieses Ordens zu Theil.

König und Vaterland verlieren in dem Dahingegangenen einen in allen Verhältnissen erprobten treuen Diener, dem ein ehrenvolles Andenken stets bewahrt bleiben wird.

Wanderlager und Wanderaktionen. Im Jahre 1883 fanden im Gebiete des Großherzogthums 110 Wanderlager (gegen 155 des Vorjahres) und 29 Wanderaktionen (gegen 10 des Vorjahres) statt, die hieron erhobene Staatssteuer betrug im Ganzen 1882,72 M. (gegen 1782,54 M. im Jahre 1882). Während sonach zwar an Zahl ein Rückgang gegen das Vorjahr zu verzeichnen ist, hat der Umfang dieser Abgabenformen, welcher sich gegen Ende des letzten und Anfang dieses Jahrzehnts erheblich gemindert hatte, wieder zugenommen. Es waren nämlich an Staatssteuern von derartigen Unternehmungen eingegangen:

1877	1878	1879	1880	1881
2173,33;	2369,60;	2450,60;	1654,66;	1278,46

Dagegen wieder

1882	und	1883
1782,54	und	1882,72

Allerdings entfällt, wie in den vorhergehenden Jahren, auch für das Jahr 1883 ein ganz erheblicher Theil (34 mit einem Steuerertrag von 720,46 M.) auf den Bezirk der Kurstadt Baden; in 25 Amtsbezirken fanden gar keine derartige Unternehmungen statt.

Der aus den Erwerbsteuer-Taxen — Erwerbsteuer derjenigen Personen, welche im Großherzogthum ein Gewerbsunternehmen betreiben, ohne daselbst eine gewerbliche Niederlassung, einen Wohnsitz oder einen ansässigen Geschäftsführer zu haben — fließende Steuerertrag hat im Jahre 1883 im Ganzen 46,502,50 M. betragen; davon kommt der größere Theil nämlich 23,878,50 M. auf diejenigen Wandergewerbetreibenden, welche nach Ziff. 1-3 der Verordnung vom 3. August 1881 (nummehr § 3 Ziff. 2 der Verordnung vom 29. Dezember 1883) eine Taxe von 10 M. im Monat zu zahlen haben, der übrige Betrag mit 22,624 M. auf diejenigen Personen, welchen die Zahlung der normalen Taxe von monatlich 3 M. obliegt.

* (Aus dem Bericht der Budgetkommission der Zweiten Kammer über Eisenbahn-Angelegenheiten.) Ueber Umbau und Erweiterung des Bahnhofs Freiburg sagt der Bericht: Die Mißstände, welche auf dem Bahnhof in Freiburg, als einer Abhilfe bedürftig, geschildert werden, sind verschiedener Art. Zuerst wird darauf hingewiesen, daß die Straße, welche nach dem, im sogenannten Strüblinger Gemarkung sich entwickelnden neuen Stadttheil führt, zahlreiche Bahngelände überschreitet, an einer Stelle, über welche sich nicht nur sämtliche Züge, sondern auch sonstige Lokomotiven und Zugabtheilungen zu bewegen haben. Der Straßenverkehr und der Bahnbetrieb werden hierdurch in gleicher Weise beeinträchtigt. Als Abhilfe wird vorgeschlagen, eine Straßenbrücke über diesen Theil der Bahnhof-Anlage zu erstellen, wodurch das vollständige Eingehen des Niveauübergangs ermöglicht wird. Sodann wird ausgeführt, daß die Trottoiranlage ungenügend sei und nicht genügend Raum zur Aufstellung der Züge biete. Zur Beseitigung dieses Mißstandes ist beabsichtigt, die Trottoirs entsprechend zu erweitern, die Zugauffstiege zu verneben und Percontammels herzustellen, um das Publikum am Ueberschreiten der Gasse zu verhindern. Ferner wird als Bedürfnis angeführt, die Hauptgeleise, welche mehrfach durch schiefe Weichenverbindungen geführt sind, umzubauen. Hierdurch wird gleichzeitig eine Verbreiterung der Dreifachgleise bedingt. Zur Gewinnung des für die Erweiterung der Trottoirs erforderlichen Raumes müssen die östlichen Theile der Werkstättegebäude entfernt werden. Bei deren Wiedererrichtung muß zugleich auf deren Erweiterung Rücksicht genommen werden wegen des Betriebes der im Bau begriffenen Söllenthal-Bahn. Endlich bedürfen die Güterhallen-Räume, welche dem gesteigerten Verkehr nicht mehr entsprechen, einer Erweiterung. Die Gesamtkosten für alle die genannten Umbauten und Erweiterungen sind auf 1,500,000 M. veranschlagt. Die Regierungsvorlage weist darauf hin, daß eine Vertheilung dieser Arbeiten auf mehrere Budgetperioden, wegen des Zusammenhanges derselben nicht thunlich erscheint. Eine baldige Inangriffnahme wird als wünschenswert bezeichnet, weil vor vollständiger Verendung der Geleisebauten die für die Sicherheit des Betriebes so wichtige Einrichtung einer centralen Zeichen- und Signal-

Stellung nicht zur Ausführung gelangen kann. Die Kommission stellt im Hinblick darauf, daß das ganze Projekt vorzugsweise zur vermehrten Sicherheit des Betriebs dient, den Antrag, die angeforderte Summe von 1,500,000 M. zu bewilligen.

Die elektrische Beleuchtung im Bahnhof in Karlsruhe soll ausgedehnt werden und besteht die Absicht, nachdem das Ergebnis des ersten Versuches mit elektrischer Beleuchtung als befriedigend bezeichnet werden kann, die ganze Bahnhof-Anlage mit Ausnahme der Werkstättenräume, Güterhallen und ähnlicher Lokalitäten, die bei Nacht weniger benötigt werden, mit elektrischer Beleuchtung zu versehen. Es wird als ein Mißstand bezeichnet, daß einzelne Theile des Bahnhofes mit Gas beleuchtet sind und andere mit Elektrizität. Der Gegensatz im Geiste der beiden Beleuchtungsarten sei so groß, daß die Gasbeleuchtung durch die hellere elektrische Beleuchtung in ihrer Wirkung wesentlich herabgedrückt und die Sicherheit beim Uebergang von den heller nach den matter erleuchteten Theilen des Bahnhofes gefährdet wird. Der durchschlagendste Grund, welcher in der Regierungsvorlage für die Totalerleuchtung der elektrischen Beleuchtung auf dem hiesigen Bahnhof angeführt wird, scheint aber der Kommission der zu sein, daß der Verwaltung hierdurch Gelegenheit geboten wird, Erfahrung zu sammeln bezüglich der Beleuchtungs-, sowie der Unterhaltungskosten im Vergleich mit der Gasbeleuchtung. Deshalb stellt die Kommission den Antrag, den angeforderten Betrag von 185,000 M. zu bewilligen.

Ferner beantragt die Kommission, den Wünschen der Großh. Regierung entsprechend, zu bewilligen für Anlage von Centralweichenstellungen für 1884 und 1885: 600,000 M., während der Gesamtaufwand 2,400,000 M. beträgt, ferner wird für 12 große Lokomotiven und Tender, sowie für 2 Secundärmotoren 590,000 M., für Anschaffung von Personenwagen 388,000 M., von Güterwagen 1,510,000 M. beantragt. In Anbetracht der bevorstehenden Eröffnung der Arberg-Bahn soll ein weiteres Trajekt-Dampfboot für den Güterverkehr von Bregenz nach Konstanz angeschafft werden. Die Kommission kann es nur billigen, wenn die Großh. Regierung dem Einfluß, welchen die Arberg-Bahn auf die Frequenz unseres Bahnhofs auszuüben im Stande ist, ihre volle Aufmerksamkeit schenkt, und beantragt, die angeforderten 180,000 M. zu bewilligen.

(Wahl des ersten Beigeordneten.) Bei der heute vorgenommenen Wahl des ersten Beigeordneten (Bürgermeister) wurde Herr Bürgermeister Karl Schaefer einstimmig wiedergewählt, und zwar mit Amtsdauer bis 1893. Von 120 Wählern des Bürgerausschusses haben sich 86 an der Wahl betheiligt.

(Physikalisch-naturwissenschaftliche Experimentvorträge) wird im Lauf der nächsten Woche Hr. G. Amberger im Museumssaal eröffnen. Hr. Amberger, welcher diese Vorträge seit einer langen Reihe von Jahren in vielen Städten mit immer steigendem Erfolge hält, kommt zum ersten Male nach Karlsruhe. Segenwärtig weilt er in Freiburg, wo der vorgesehene statische erste Vortrag durchweg befriedigt hat.

(Von der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige) wurden am 17. und 18. d. M. zwölf Kandidaten examiniert. Davon hatten sich sieben in der hiesigen Lehranstalt von Premierlieutenant a. D. Fecht und fünf anderwärts vorbereitet. In Ganzen bestanden sieben Kandidaten das schriftliche und mündliche Examen, nämlich sechs von den sieben Böglingen der hiesigen Anstalt und einer von den übrigen Examinanden.

(Mannheim, 20. März.) Der Verein deutscher Kampfgewerkschaften hielt gestern abends eine Versammlung ab, um über die Abwendung einer Petition an den Reichstag wegen nachträglicher Gewährung von Pensionen an die Kriegskameraden endgiltig Beschluß zu fassen. Diese Petition gelangte zur einstimmigen Annahme. Es wurde ferner beschlossen, noch speziell dem Reichstag Abgeordneten für Mannheim, Hrn. Koppfer, sowie der badischen Kammer von dieser Petition Kenntniß zu geben und um Befürwortung derselben zu bitten.

(Freiburg, 20. März.) Für die Arbeiterkolonie.) Der Vorstand des hiesigen Vereins gegen Bettel hat der jüngsten Generalversammlung vorgeschlagen, die Gründung einer Arbeiterkolonie durch eine Gabe von 500 M. zu unterstützen. Der Antrag ist angenommen.

Theater und Kunst.

(-k. Karlsruhe, 21. März.) (Großh. Hoftheater.) Die gestrige Aufführung des von G. v. Binde mit großem Verständnis und Geschick bearbeiteten Calderon'schen Trauerspiels „Die Tochter der Luft“ war nur schwach besucht. Die Inszenierung des mehr als zweihundert Jahre alten Stückes hat allein schon wegen der an die Illusion des Zuschauers zu hohe Anforderungen stellenden weiblichen Haupt- und Doppelrolle etwas Bedenkliches, gleichwohl zeigt dasselbe die Vorzüge des großen spanischen Dichters in so hohem Maße, daß die von unserer Bühne gewagte Neuaufbereitung nicht ganz ungerechtfertigt erscheint. Die Charakteristik der handelnden Personen, namentlich der im Mittelpunkt stehenden Semiramis, zeigt wahrhaft geniale, großartige Züge, dabei ist die Sprache des Dichters reich an tiefinnigen Gedanken, gleich fesselnd und hinreißend durch Kraft und Kühnheit, wie durch Zartheit und Schönheit. Das Stück hat von jeher die Bewunderung von Dichtern und Literarhistorikern hervorgerufen und Jammern war nicht der einzige, der die Szenen, wo Semiramis in der Fülle ihrer Herrlichkeit erscheint, in Bezug auf Kühnheit, Pracht und Glanz für bewundernswürdig in höchstem Grade erklärte. Gegen die eine Rolle der Semiramis traten alle anderen zurück, von ihrer Darstellung hängt vorzugsweise der Erfolg des Stückes ab, sie verlangt eine Künstlerin mit großen Mitteln und hervorragender dramatischer Gestaltungskraft. Der Semiramis des Fr. Bruch fehlt es theilweise an Größe, Kraft und imponirender Höhe. Die Künstlerin gewinnt ihrer Stimme nicht ohne deutlich wahrnehmbare Mühe die starken und vollen Accente ab, zu welchen die Rede der mächtigen Herrscherin sich erhebt, andererseits gelangen ihr die weichen Modulationen nicht so natürlich und ungezwungen, wie solche die Darstellungskünste der Semiramis in dem Gewande des Regierens fordern. Gleichwohl zeigt die von Fr. Bruch gebotene Leistung von eben so großem Fleiße, als Verständnis; sie ist bis in die Einzelheit durchdacht und sorgfältig ausgearbeitet. Alle Seiten der schwierigen Rolle gelangen, wenn auch nicht in höchstem künstlerischen Sinne, durchaus charakteristisch und lebenswahr zur Anschauung. Neben Fr. Bruch verdienen namentlich noch die Herren Wasser mann (Phrygus), Frasch (Lucas) und Lange (Cabal) lebhaft Anerkennung.

(Repertoire-Entwurf des Großh. Hoftheaters für die Zeit vom 23. bis mit 30. März.) 1. Vorstellung in Karlsruhe. Sonntag, 23. März. 4. Ab.-Vorst.: „Der Waffenschmied“. — Dienstag, 25. März. 40. Ab.-Vorst. Neu einstudirt: „Hans Lange“. — Donnerstag, 27. März. 42. Ab.-

Vorst.: „Armida“. — Freitag, 28. März. 43. Ab.-Vorst.: „Graf Effer“. — Sonntag, 30. März. 44. Ab.-Vorst.: „Carmen“. — d. Vorstellung in Baden. Mittwoch, 26. März. 24. Ab.-Vorst. Neu einstudirt: „Hans Lange“.

(Großh. Hoftheater.) In Karlsruhe. Samstag den 22. März. 11. Vorstellung außer Abonnement. Zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Seiner Majestät des Deutschen Kaisers. In festlich beleuchtetem Hause. Neu einstudirt: „Armida, große heroische Oper in 5 Akten, aus dem Französischen des Quinault, übersezt von J. v. Boss. Musik von Ritter v. Gluck. Anfang 7 Uhr.

Badischer Landtag.

(Karlsruhe, 21. März. 55. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Der Präsident des Großh. Finanzministeriums, Geheimer Rath Ellstätter, Generaldirektor Eisenlohr, Amortisationskassen-Direktor Helm.

Eingelassen ist eine Einladung des Protestantischen Kirchengemeinde-Raths dahier zur Theilnahme an dem evangelischen Fest-Gottesdienste zu Ehren des Geburtsfestes Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.

Das Haus tritt sofort in die Spezialdiskussion über das Budget des Eisenbahn-Baues für 1884 und 1885 ein. — Berichterstatter ist der Abg. Hoffmann. Zahlreiche Punkte zu geben mehr oder minder umfassenden Erörterungen Anlaß. Den Mittelpunkt der ganzen Verhandlung bildeten die §§ 26, 27, Straßenüberbrückung beim Ettlinger Thor und beim Friedrichsthor in Karlsruhe. Die Diskussion nahm hier einen sehr lebhaften Charakter an und dehnte sich auch auf die Frage der Errichtung eines neuen Bahnhofes aus. — Schließlich wurden sämtliche Positionen nach den Anträgen der Budgetkommission angenommen.

Wir werden in der nächsten Nummer eingehender hierüber berichten.

Nach Erledigung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung verlas der Abg. Friderich namens der Budgetkommission deren Bericht über das Budget der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse für die Jahre 1884 und 1885. Der Antrag der Budgetkommission geht dahin, den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben mit den Abänderungen, welche sich in Folge der am Eisenbahn-Baubudget durch das Hohe Haus vorgenommenen Abträge ergeben, zu genehmigen und über den Gegenstand in abgeklärter Form zu beraten. — Es wird Verathung in abgeklärter Form beschlossen. — Das Wort ergreift nur der Abg. Edelman, um ein Bedenken in Ansehung des Umfangs der beabsichtigten Schuldaufnahme geltend zu machen. — Der Großh. Regierungskommissär Amortisationskassen-Direktor Helm legt die Gründe dar, aus welchen sich die Schuldaufnahme in der von der Großh. Regierung vorgeschlagenen Höhe rechtfertigt. — Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung wird der Entwurf des Budgets der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse nach den Anträgen der Budgetkommission angenommen.

Schluß der Sitzung Nachmittags 1 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 25. l. Mts., Vormittags 9 Uhr.

(15. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 24. März, Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Verathung des Berichtes der Justizkommission über den Gesetzentwurf die öffentliche Hinterlegung von Geld und Werthpapieren betr. Berichterstatter: Landgerichts-Präsident v. Stoesser.

Neuere Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 21. März. Reichstag. Der Deutsch-Freimüthige Abg. Hänel bekämpft die Verlängerung des Sozialistengesetzes und erklärt sich namens seiner Partei für die Kommissionsberathung, die Verlängerung wäre

wirkungslos, wie das Gesetz bisher wirkungslos gewesen; dasselbe habe die Parteigegegensätze verschärft, die antisemitische Bewegung gefördert. Er bittet, die Verlängerung abzulehnen und sich auf den Boden des gemeinen Rechts zu stellen. (Fürst Bismarck ist eingetreten.)

Fr. v. Rarborff ist für die Verlängerung des Gesetzes, welches uns vor Ausschreitungen bewahrt, wie solche in andern Ländern vorgekommen. Der internationale Charakter der Socialdemokratie sei auch heute noch unverkennbar trotz aller Ableugnungen. Volksp. Abg. Sonnemann ist gegen die Vorlage; Meinungen und Meinungsäußerungen dürfen nicht verfolgt werden. Die Belehrung der Socialdemokraten werde durch das Sozialistengesetz unmöglich gemacht. Redner deutet an, die Regierung sei nicht ohne Schuld an den Dynamitattentaten. Minister v. Buttamer weist diese Supposition entschieden zurück. Das Frankfurter Dynamitattentat anlangend, beanspruche die Moskische „Freiheit“ dessen Ausführung für die Socialdemokraten. Das detaillierte Material über Reinsdorf und Genossen könne die Regierung eventuell bei der Kommissionsberathung vorlegen.

v. Malzahn-Güll spricht für die Vorlage ohne Kommissionsberathung; Jagdzewski (Pole) gegen die Vorlage; Kräftigung der kirchlichen Autorität wäre die beste Schutzwehr gegen die Socialdemokratie. Fürst Bismarck: Die ehemals polnischen Landestheile weisen eigenthümliche Verhältnisse auf, wie irrationelle Parteierklärung u. s. w., so lange diese bestehen, könne die Socialdemokratie dort allerdings nicht ausgerottet werden.

Liebkecht gegen die Vorlage. Windthorst befreit, daß sein Antrag auf Kommissionsberathung einen dilatorischen Charakter habe; wir, die wir unter den Mai-Gesetzen seufzen, dürfen nicht leichten Herzens für Andere Fesseln schmieden. Das Haus beschloß Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Nächste Sitzung Montag.

Berlin, 21. März. Das Herrenhaus genehmigte das Etatsgesetz durchweg nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 21. März. Abgeordnetenhaus. Der Vertrag Preußens mit Hessen wegen Korrektion der Rheinstraße zwischen Mainz und Bingen wird einstimmig genehmigt, nachdem der Regierungskommissär erklärt hatte, alle berechtigten Interessen würden bei Ausführung der Korrektion gleichmäßig berücksichtigt und die Bedenken der Schiffahrtreibenden seien nicht begründet. Nächste Sitzung Montag. Antrag Bachem auf Abänderung der rheinischen Städteordnung.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

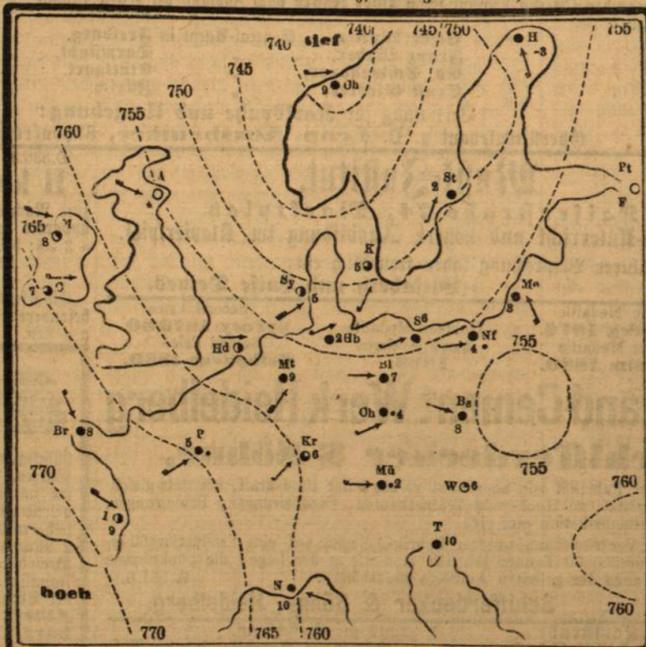
Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Eheaufgabe. 18. März. Franz Berner von Freinsheim, Schneider hier, mit Albertine Reiter von Sandhofen. — Gut. Schneider von hier, Kaufmann hier, mit Luise Friederike Feder von Speier. — 21. März. Christian Ueberwirth von Menzingen, Diener hier, mit Elisabeth Dorche von Eppingen. — Heirat. 20. März. Joh. Sauerzapf von Weimen, Hof-Bodenwichter hier, mit Theresia Kraub von Sackhabried. — Todesfälle. 19. März. Karl Martin, led. Decker, 46 J. — Emil, 5 M. 9 J., B.: Kleinbus, Kutsher. — Anna, 6 J., B.: Rth, Schlosser. — 20. März. Dittie, Ehefrau von Monom Koch, 65 J. — Eugenie, Witwe von Premierlieutenant Bad, 63 J. Sonstige Familiennachrichten. G. St. Forben: Großh. Gerichtsnotar E. Eck zu Freiburg, 64 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

März	Barom.	Thermom.	Abolute Feucht.	Relative Feucht.	Wind.	Stimm.
20. Nachts 9 Uhr 1)	749.5	+ 8.8	7.8	92	SW.	bedeckt
21. Morgs. 7 Uhr 2)	750.2	+ 5.4	5.7	85	SW.	sehr bew.
„ Mittg. 2 Uhr	748.4	+ 6.4	5.7	79	SW.	„

1) Regen. 2) Regen = 12.7 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Max. 21. März, Maß 3.27 m, gestiegen 12 cm.

Wetterkarte vom 21. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Depression, welche gestern über Nordschottland lag, ist nordwärts nach der mittleren nordwestlichen Küste fortgeschritten, einen Ausläufer südwärts nach der deutschen Nordsee entsendend, unter dessen Einfluß am Sta-Wetter veränderlich, im Süden und Osten regnerisch, in Nordwest- und Mitteldeutschland erheblich kühler. Karlsruhe und Chemnitz hatten am Abend Wetterleuchten.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 21. März 1884	
Staatspapiere.	Buchstaben 160 1/2
4% Reichsanleihe 102 1/2	Nordwestbahn 158 1/2
4% Preuß. Conl. 102 1/2	Elbthal 172
4% Baden in fl. 101 1/2	Reichsbanner 196 1/2
4% „ i. Met. 102 1/2	Oberhessische 269 1/2
Deutscher Goldrente 86 1/2	Reichs-Oberufer 129 1/2
Silberrent. 68 1/2	Gotthard 95 1/2
4% Ungar. Goldr. 77 1/2	Loose, Wechsel zc.
1877er Russen	Deft. Loose 1860 122 1/2
II. Orientanleihe 69 1/2	Wechsel a. Amst. 169.20
Italiener 93 1/2	„ „ Lond. 20.49
Egypter 67 1/2	„ „ Paris 81.15
Banken.	
Kreditaktien 278 1/2	Rabobank 16.21
Disconto-Komm. 209 1/2	Privatdisconto 27 1/2
Basler Banker. 118 1/2	Bab. Zuckerfabrik 120 1/2
Darmstädter Bank 157 1/2	Alkali Werker. 164
Wien. Bankverein 95	Wachsbörse.
Bahntaktien.	
Staatsbahn 266 1/2	Kreditaktien 279 1/2
Lombarden 140 1/2	Staatsbahn 266 1/2
Galizier 252 1/2	Lombarden 120 1/2
Lombard. Mill.	
Berlin.	
Deft. Kreditakt. 558.50	Kreditaktien 323.80
Staatsbahn 532.50	Martnoten 59.25
Lombarden 244.50	Tendenz: —
Disco.-Comman. 209.20	Paris.
Laurahütte 111.40	5% Anleihe 106.50
Dortmunder 82.10	Spanier 61 1/2
Marienburger 83.20	Egypter 342
Böhm. Nordbahn —	Ottomane 646
Tendenz: —	Tendenz: —

